



Deutschland braucht den Wechsel

Wichtigste Aufgabe einer unionsgeführten Regierung mit der FDP sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, erklärten die Parteivorsitzenden von Union und FDP, Angela Merkel, Edmund Stoiber und Guido Westerwelle, auf dem „Wechselgipfel“ in Berlin.

Effektive Maßnahmen hierfür seien die Senkung der Lohnzusatzkosten, ein neues, einfacheres und gerechteres Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht, das bereits im nächsten Jahr beschlossen werden solle. Die Förderung von Familien mit Kindern, die ▶

INHALT

Wechselgipfel:
Gemeinsame Erklärung

Seite 3

Pressekonferenz mit Angela
Merkel und Heinrich von
Pierer: Innovation wird
„Chefsache“

Seite 4–5

Arbeitsmarkt:
Rot-Grünes Desaster

Seite 6

HEUTE AKTUELL

■ Erfolge mit innovativen Geschäftsideen – Besuch der Parteivorsitzenden bei der Berlin-Chemie AG (S. 4) ■ Wirtschaftsleiter für Angela Merkel (S.5) ■ Norbert Lammert: Keine Abstriche bei der Kulturförderung (S. 7) ■ Pressestimmen zum SPD-Parteitag (S. 8) ■ Volker Kauder zur Rede Gerhard Schröders auf dem SPD-Parteitag (S. 8) ■ Zielgruppen-Kampagne (S. 9–10) ■ Angela Merkel: „Toleranz endet da, wo die Verfassung nicht eingehalten wird.“ (S. 11) ■ EAK: Rot-Grüne Ethik-Bilanz (S. 12) ■ S. Kampeter: Doppelschlag gegen Bundeshaushalt (S. 13) ■ M. Eichhorn: Teilhabe älterer Menschen ist Gewinn für Gesellschaft (S. 13–14) ■ R. Pofalla: Verbraucher setzen auf den Merkel-Faktor (S. 14–15) ■ G. Hasselfeldt: Konstruktive Klimapolitik (S. 15) ■ H. Koschyk/T. Strobl: Wachsamkeit ist Preis der Freiheit (S. 15–16) ■ P. Hintze: Türkei politik (S. 16)

► Sanierung der Staatsfinanzen und eine Stärkung der Innovationskraft seien weitere Schwerpunkte.

Die drei Parteivorsitzenden bekräftigten, gemeinsam für einen politischen Wechsel in Deutschland zu kämpfen. „CDU, CSU und FDP sind entschlossen und willens, schnell die Verhältnisse in Deutschland zu ändern“, versprach Kanzlerkandidatin Angela Merkel. „Das Zaudern hört auf.“ Nach sieben Jahren Rot-Grün sei die Situation für die Menschen im Land „desaströs“, so Merkel. Den Parteitag der SPD bezeichnete sie als „Veranstaltung der Vergangenheit“.

Signal für den Aufschwung

„Wir geben ein klares Signal für den politischen Wechsel in Deutschland und für den Aufschwung“, sagte der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber. „Es gibt zu Rot-Grün nur eine einzige politische Alternative, nämlich Schwarz-Gelb.“ Der überall zu spürenden Wechselwillen habe eine

klare Grundlage: „Das Scheitern der rot-grünen Bundesregierung.“

Neuer Anfang für Deutschland

Guido Westerwelle warnte vor einer Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei und betonte: „Wir wollen gemeinsam regieren, weil dieses Land einen neuen Anfang braucht.“ Er unterstrich, dass die drei Parteien in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode bereits mehrfach eng zusammen gearbeitet hätten, zum Beispiel bei der Wahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten.

An dem „Wechselgipfel“ nahmen für die CDU neben Angela Merkel Generalsekretär Volker Kauder und der hessische Ministerpräsident Roland Koch teil. Die CSU wurde von Edmund Stoiber, Landesgruppenchef Michael Glos und Generalsekretär Markus Söder vertreten. Für die FDP nahmen Guido Westerwelle, Fraktionschef Wolfgang Gerhardt und Generalsekretär Dirk Niebel teil.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Gemeinsame Erklärung

Union und FDP haben sich auf dem „Wechselgipfel“ in Berlin auf erste Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms geeinigt.

Hier einige Auszüge aus der Gemeinsamen Erklärung der Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP mit dem Titel „Deutschland braucht den Wechsel“:

1. Arbeit hat Vorfahrt

Unser erstes und wichtigstes Ziel ist die Belebung des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die dringend notwendigen Impulse auf dem Arbeitsmarkt müssen wir von zwei Seiten anpacken: Wegräumen von Blockaden auf dem Arbeitsmarkt und Weichenstellungen für mehr Wachstum. Denn Arbeit schafft Wachstum und Wachstum schafft Arbeit – deswegen packen wir beides an.

2. Neue Steuergesetzgebung

Deutschland braucht einen steuerpolitischen Neuanfang. CDU, CSU und FDP verfolgen gemeinsam das Ziel, das deutsche Steuerrecht grundlegend neu zu formulieren. Wir wollen ein Steuerrecht, das wesentlich einfacher ist, das mit niedrigeren Sätzen auskommt, das

auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann und das vom Steuerzahler als gerecht empfunden wird. Bereits im kommenden Jahr werden CDU, CSU und FDP ein neues Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht verabschieden, um es 2007 in Kraft treten zu lassen.

3. Solide Haushaltspolitik

Eine Koalition aus Union und FDP wird endlich die Verschuldungsfrage zu einer Generationenfrage machen. (...) So wie wir die Lebensleistungen der älteren Generation zu achten und gegen Angriffe zu verteidigen haben, müssen wir ebenso die Chancen der Jungen und Ungeborenen bewahren. (...) Wir werden deshalb sparen und umschichten. Unser Ziel ist es, innerhalb der neuen Legislaturperiode den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten und die Neuverschuldung bis spätestens zum Jahr 2013 auf Null zu fahren.

4. Priorität für Familien

Wir machen die Familienpolitik zu einer echten Querschnittsaufgabe deutscher Politik. Wir bekennen uns zu

dem Ziel, die Voraussetzungen für ein Leben mit Kindern zu verbessern. (...) Wir wollen erreichen, dass das, was Familien für den Lebensunterhalt und für die Erziehung von Kindern aufwenden müssen, von jeder Besteuerung freigestellt bleibt.

5. Innovationskraft Deutschlands stärken

Wir wissen: neue Ideen schaffen neue Produkte und neue Produkte bringen neue Arbeitsplätze. Deshalb werden wir auf breiter Front Innovationen fördern. Eine von der Union und der FDP gestellte Bundesregierung wird den Haushalt umschichten, um die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung endlich wieder zu steigern. (...) Deutschland muss wieder zu einem Magnet für Erfinder und Wissenschaftler werden. Das erfordert exzellente Forschungsbedingungen.

Den vollständigen Wortlaut der „Gemeinsamen Erklärung“ finden Sie unter: www.cdu.de/doc/pdf/05_09_01_Wechsel_Erklärung.pdf



Innovation wird „Chefsache“

Kanzlerkandidatin Angela Merkel hat einen weiteren exzellenten Fachmann gewonnen, der eine unionsgeführte Bundesregierung unterstützen wird: Der Aufsichtsratschef der Siemens AG, Heinrich von Pierer.

„Wir brauchen eine strategische Verzahnung von politischem Handeln und der Weiterentwicklung unserer innovativen Stärken“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Innovationen,

Erfindungen, Ideen und ihre Realisierung seien „Schlüssel zu Wohlstand im 21. Jahrhundert“. Deshalb sei sie „ausgesprochen froh, dass Heinrich von Pierer seinen Sachverstand und seine riesige Erfahrung“ als Leiter eines Rates für Innovation und Wachstum einbringen werde, betonte die Kanzlerkandidatin.

Nach den Plänen Merkels soll der Rat für Innovation und Wachstum aus etwa zehn Ver-

tretern aus Wissenschaft, Mittelstand und größeren Unternehmen bestehen und vier Mal jährlich zusammenkommen. Merkel erklärte, sie erhoffe sich vom Innovationsrat Informationen aus erster Hand, um die Weichen konsequent in Richtung Innovation und Wachstum zu stellen.

Der Siemens-Aufsichtsratschef begrüßte die Entscheidung der Kanzlerkandidatin, das Thema Innovation zur „Chefsache“ zu machen.

ERFOLGE MIT INNOVATIVEN GESCHÄFTSIDEEN

Im Anschluss an ihre gemeinsame Pressekonferenz besuchten Angela Merkel und Heinrich von Pierer das Arzneimittelunternehmen Berlin-Chemie AG.

Gemeinsam mit den beiden Kompetenzteam-Mitgliedern Annette Schavan (Innovation, Forschung und Bildung) und Peter Müller (Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur) besichtigten sie die Produktionsanlage des Berliner Unternehmens, das sich auf Herz-Kreislauf-Präparate und Antidiabetika spezialisiert hat. Nach einem Gespräch mit den 34 neuen Auszubildenden zeigte sich die Kanzlerkandidatin darüber erfreut, dass bei der Berlin-Chemie Auszubildende mit allen Schulabschlüssen die Chance bekommen, einen zukunftsfähigen Beruf zu erlernen.

Angela Merkel lobte die Innovationsfreude des Pharmaherstellers, der weit über die Hälfte des Inlandsumsatzes mit innovativen Arzneimitteln erzielt. Die Ent-



v.l.n.r.: Peter Müller, Heinrich von Pierer, Angela Merkel und Reinhard Uppenkamp, Vorstandsvorsitzender der Berlin-Chemie AG.

wicklung der Berlin-Chemie zeige, dass man mit innovativen Geschäftsideen Erfolge verbuchen könne, so Merkel. Auch die Union setze in ihrem Wahlprogramm auf Vorfahrt für Arbeit durch Innovation. „Die Lehre aus diesem Besuch ist, dass man, wenn man Innovation fördern will, die Rahmenbedingungen richtig setzen muss“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende.



Angela Merkel und Heinrich von Pierer bei der Pressekonferenz in Berlin

„Unsere Konkurrenten kommen in Zukunft vor allem aus China und Indien“, sagte der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Siemens AG. Zugleich stellte er klar, dass Deutschland weder das Kos-

tenniveau von Polen noch von Chinesen anstrebe. „Aber wenn wir teurer sind, müssen wir besser sein“, forderte von Pierer.

Das Thema Innovation müsse viel stärker als bislang in den Mittelpunkt ge-

rückt werden. Als konkrete Innovationsbereiche nannte er die Bio- und Gentechnik, Energie, Gesundheit, den Maschinenbau, die Optik, die Raum- und Luftfahrt sowie die Automobiltechnik. Wo

Deutschland gut sei, müsse es seine Spitzenstellung verteidigen und wo „wir noch nicht so gut sind“, müsse daran gearbeitet werden, wieder nach oben vorzustoßen. Dabei müsse den Menschen auch der Optimismus vermittelt werden, „dass wir uns in dem globalen Wettbewerb behaupten können“, sagte von Pierer. In diesem Zusammenhang betonte er, dass in Deutschland eine ungeheure Kraft stecke: „Wir müssen nur die PS wieder richtig auf die Straße bringen“. Der Innovationsrat werde dabei eine wichtige Rolle spielen.

WIRTSCHAFTSELITEN FÜR ANGELA MERKEL

Die deutsche Wirtschaftselite unterstützt das Wahlprogramm der Union. Das gilt auch für die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer zur Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge sowie für eine Wiedereinführung der Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne.

In der Untersuchung „Handelsblatt Business Monitor“ des Meinungsforschungsinstitutes Psephos wurden im August 763 deutsche Führungskräfte telefonisch befragt. Dabei schnitt die Kanzlerkandidatin An-

gela Merkel mit Note 3,2 besser ab als Amtsinhaber Gerhard Schröder (Note 3,5).

Im Anschluss an die Wahlen müssten die großen Themen angegangen und Lösungen präsentiert werden, dann könne auch eine Aufbruchstimmung erzeugt werden, so Hans-Peter Keitel, Vorstandsvorsitzender des Hochtief-Konzerns gegenüber dem Handelsblatt.

68 Prozent der Befragten halten es für grundsätzlich richtig, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Weiterhin sprachen sich 51 Prozent der Be-

fragten für eine Neuregelung des Kündigungsschutzes aus. „Ich würde mir mehr Flexibilität bei den Kündigungsregelung wünschen“, bekräftigte Commerzbank-Chef Klaus-Peter Müller im Handelsblatt. Diese dürften nicht länger ein Einstellungshindernis darstellen.

Ganz eindeutig befürworten die Wirtschaftsvertreter die Einführung der Gesundheitsprämie. 52 Prozent der Befragten halten die Prämie für „besser“ als das SPD-Modell einer Bürgerversicherung.

Rot-Grünes Desaster

„Die rot-grüne Bundesregierung hat in der Arbeitsmarktpolitik total versagt. Im ersten Halbjahr hat es auf dem Arbeitsmarkt keine positive Entwicklung gegeben“, erklärte Generalsekretär Volker Kauder in Berlin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller.

Müller, im Kompetenzteam von Angela Merkel für Wirtschaft und Arbeit zuständig, bekräftigte: „Die Bilanz der Bundesregierung bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist ein Desaster.“ In kaum einem Bereich sei das Scheitern der Bundesregierung so evident wie auf dem Arbeitsmarkt. Selbst wenn man die Effekte von Hartz IV aus der Statistik herausrechne, komme ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen zustande. Rot-Grün habe die selbst gesteckten Ziele verfehlt und verdie-



Volker Kauder und Peter Müller

ne damit die Abwahl, sagte Müller.

Der Ministerpräsident betonte, dass die größte Ungerechtigkeit das „Anwachsen und der Umfang der Arbeitslosigkeit“ sei. „Die Bundesrepublik Deutschland ist neben Japan das einzige OECD-Land, wo die Beschäftigtenzahl in den letzten Jahren rückläufig war“, kritisierte Müller. Bundeskanzler Schröder betreibe Wählertäuschung, wenn er den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung seit April positiv bewerte, ob-

wohl er rein saisonal bedingt sei. Denn im Jahresvergleich (Juni 2004 bis Juni 2005) sei ein „dramatischen Rückgang“ um über 1.100 Arbeitsplätze pro Tag zu verzeichnen.

Der Ministerpräsident versicherte, es gebe keinen „Königsweg“ zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Nötig sei ein „umfassendes Gesamtkonzept“: Konkret nannte Müller ein einfaches, international konkurrenzfähiges Steuersystem, Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt und eine umfassende Entbürokratisierung.

ARBEITSMARKTZAHLEN

Im August waren 4,728 Mio. Menschen ohne Arbeit. Das sind 44.000 weniger als im Juli, aber 382.000 mehr als im August 2004. Die Arbeitslosenquote ging auf 11,4% zurück (Juli: 11,5%).

Vorläufige Berechnungen ergaben für den Juni 26,11 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, das sind 409.000 weniger als im Jahr zuvor. Zwischen Oktober

2004 und August 2005 waren insgesamt 427.500 Ausbildungsplätze gemeldet – knapp 11 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Keine Abstriche bei der Kulturförderung

Bei der Kunst- und Kulturförderung wird es nach einem Regierungswechsel keine Abstriche geben. Das hat Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert in Berlin angekündigt. „Dieser Bereich ist für uns genauso wichtig wie andere Politikfelder auch“, sagte das für Kultur zuständige Kompetenzteam-Mitglied.

In einem Gespräch mit dem ehemaligen Intendanten des ZDF, Professor Dieter Stolte, erklärte Lammert die Vorstellungen der Union für die Aufgaben in Kunst und Kultur. Der Kulturexperte stellte klar, dass die Politik nach Unions-Verständnis ausdrücklich keine „inhaltliche Kompetenz“ für das Reklamieren, was sich in der Kunst- und Kulturszene abspiele. Zugleich machte er deutlich, dass die CDU an der Kulturförderung als öffentlicher Aufgabe festhalte. Das sei keine Selbstverständlichkeit, wie der Blick ins Ausland zeige. Hierzulande würden Kunst und Kultur zu 90 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert. Zehn Prozent würden von privater Seite aufgebracht. In diesem Zusammenhang unterstrich Lammert, dass die Union in den kommenden Jahren ihre



Norbert Lammert und Dieter Stolte

Bemühungen intensivieren werde, das bürgerschaftliche Engagement im Bereich von Kunst und Kultur voranzutreiben. „Dies darf der Staat jedoch nicht als Vorwand für seinen Rückzug aus der staatlichen Kulturförderung begreifen“, mahnte Lammert. „Kulturförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe“ und die Vitalität der Kulturlandschaft lebe insbesondere vom Engagement der Länder und Kommunen. Dabei gelte es, „die begrenzten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen“.

Mit dem neuen Stiftungssteuerrecht, an dem die Union an maßgeblicher Stelle mitgearbeitet habe, gebe es heute mit der Förderung gemeinnütziger Zwecke ganz andere Voraussetzungen für privates Engagement, so Lammert. Um die

Fördermöglichkeiten zu optimieren, kündigte der CDU-Politiker für die nächste Legislaturperiode eine Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Stiftungssteuerrecht an. So könne festgestellt werden, welche Regelungen sich bewährt hätten und an welchen Stellen nachjustiert werden müsse. Außerdem forderte Lammert mehr Transparenz bei der Kulturförderung des Bundes an. Maßstab für die Bundesförderung solle nicht der „Sitz einer Einrichtung“ sein, sondern vielmehr die herausragende nationale und internationale Bedeutung einer Einrichtung oder eines Kulturereignisses. Als positives Beispiel nannte Lammert die Museumsinsel, deren Restaurierungskosten der Bund nahezu vollständig übernommen habe.

Pressestimmen zum SPD-Parteitag

„Bilder aus Dortmund und Berlin, wie sie unterschiedlicher kaum sein können: Da präsentiert die CDU im Rheinland mitreißend inszeniert und scheinbar vor Kraft strotzend ihren Siegeswillen in Orange. An der Spree vermittelt das ‚Auf zum letzten Gefecht!‘ der SPD neben trutziger Aufholjagd-Stimmung auch Frust und quälende Zweifel.“ Ostsee-Zeitung

„Wenn die Umfragen nicht berauschend sind, dann berauscht man sich eben an sich selbst. So hielt es der Wahlparteitag der SPD.“

Darmstädter Echo

„Für die SPD ist die Lage hoffnungslos, das Debakel programmiert, folgt man den Ergebnissen der Meinungsumfragen. Dass aus dem tiefen Tal binnen weniger Tage noch ein dramatischer Aufstieg gelingen könnte, mag kaum jemand glauben. Entsprechend gedrückt ist die Stimmung der Parteibasis.“

Neue Osnabrücker Zeitung

„Schröder hat dabei während seiner langen Rede das zentrale Manko des SPD-Wahlkampfes offenbart: Der Partei fehlt ein in die Zukunft gerichtetes Projekt, für das zu kämp-



Zur Rede von Gerhard Schröder beim Wahlparteitag der SPD erklärte Generalsekretär Volker Kauder:

„Schröders Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokraten war die Abschiedsrede eines Gescheiterten: lahme Rechtfertigungen und Rückwärtsbetrachtungen, anstelle von Konzepten zu den drängenden Problemen unseres Landes. Schröder verliert kein Wort zu Wachstum, Arbeit, Aufbau Ost. Der Kanzler ist geistig schon im Ruhestand angekommen. Seine verbalen Attacken auf die Opposition zeigen den Menschen, dem Kanzler fällt zu einer Politik für Deutschland nichts mehr ein.“

fen sich lohnt. Schröder wird zwar nicht müde, die Fortsetzung seiner Reformpolitik als wesentliches Moment zu betonen. Er sagt dann aber nicht welche.“

Mitteldeutsche Zeitung

„Es war die Rede eines Oppositionellen, der gegen die ‚Merkel-Politik‘ kämpfte, als ginge es um den Untergang Deutschlands. Er sprach mehr über Pläne ‚der anderen‘ als über eigene. Ohne seine Attacken auf Angela Merkels Finanz-Experten Paul Kirchhof wäre Schröders Rede wohl um die Hälfte kürzer gewesen.“

Rheinische Post

„Jetzt geht's los' haben die Delegierten auf dem SPD-Parteitag nach Gerhard Schröders Rede gerufen. Die Frage ist bloß: Wohin? Die SPD befindet sich nach ihrem Wahlkongress in der gleichen Zwangslage wie vorher: Von einer neuerlichen Mehrheit für Rot-Grün ist man Lichtjahre entfernt, und auch der Abstand zur Union erscheint uneinholbar. Allenfalls als Juniorpartner könnte man sich noch in eine große Koalition retten, womit jedoch das Ende Schröders als Kanzler besiegelt wäre.“

Badische Zeitung

Zielgruppen-Kampagne

Die heiße Wahlkampfphase geht in den Endspurt. Jetzt gilt es, letzte Reserven zu mobilisieren und potenzielle Wählerinnen und Wähler gezielt anzusprechen.

Auch kurzfristig lässt sich noch viel erreichen: Im Mitgliedernetz finden Sie unter www.cdunet.de (Navigationsspunkt: Kampagne 2005) Tipps, Leitfäden, Aktionsideen, Muster-Briefe und Flugblätter für die einzelnen Zielgruppen. Außerdem gibt es im CDU-Wahlkampfportal auf www.cdu.de für jede Zielgruppe eine eigene Homepage. Hier können Interessierte jeweils einen themenspezifischen Newsletter abonnieren.

Das sind unsere Endspurt-Zielgruppen:

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Home Newsletter Infos

Senioren für den Wechsel!
Auch Sie können etwas dafür tun.

Herzlich willkommen auf der CDU-Homepage für Senioren!

Hier erhalten Sie nicht nur Informationen über die Politik der CDU für Senioren, sondern erfahren auch etwas über die Möglichkeiten, aktiv an einem Politikwechsel in Deutschland mitzuwirken. Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen der Senioren dabei gewahrt werden. Nehmen Sie an der der Bundestagswahl teil! Geben Sie der CDU Ihr Vertrauen!

So kann es nicht weitergehen

So kann es mit Deutschland nicht weiter gehen: Die Wirtschaft lahmt, die Staatsfinanzen geraten völlig aus dem Ruder und die Sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Kollaps.

Durch das ständige Bestreben, die Bürger über die wahre Lage

www.senioren.cdu.de

Regierungsprogramm 2005-2009
Deutschlands Chancen nutzen.
Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

teAM
ZUKUNFT
Machen Sie mit im Unterstützer-Team für den Wechsel!

Senioren Union der

■ Senioren

Die große Wählergruppe der Senioren stellt traditionell ein entscheidendes Potenzial für die Union dar. Da der 18. September kurz nach Ende der Schulferien liegt, dürften zahlreiche Ruheständler zu diesem Zeit-

punkt in den Urlaub aufbrechen. Wichtig ist deshalb, auf die Briefwahl, die vielerorts auch direkt in den Rathäusern durchgeführt werden kann, aufmerksam zu machen. Eine weitere Aktivität: Fahrdienste zum Wahllokal zu organisieren.

■ Erst- und Jungwähler

Bei jungen Menschen hat die Union noch großen Nachholbedarf. In diesem Wahlkampf wollen wir den Erst- und Jungwählern gezielt deutlich machen, dass SPD und Grüne keine Konzepte gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit haben und in der Bildungspolitik völlig versagt haben. Wahlkampfelemente, die besonders jüngere Menschen an-

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Home Newsletter Infos

Jugend für Merkel.
Deutschland wechselt!

Herzlich willkommen auf der CDU-Homepage für junge Menschen!

Hier erhalten Sie nicht nur Informationen über die Politik der CDU für junge Menschen, sondern erfahren auch etwas über die Möglichkeiten, aktiv an einem Politikwechsel in Deutschland mitzuwirken. Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen der Jüngeren dabei gewahrt werden. Nehmen Sie an der der Bundestagswahl teil! Geben Sie der CDU Ihr Vertrauen!

Die Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün in Deutschland ist verheerend:
Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Zukunftsangst prägen das Bild unseres

www.jugend.cdu.de

Regierungsprogramm 2005-2009
Deutschlands Chancen nutzen.
Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

teAM
ZUKUNFT
Machen Sie mit im Unterstützer-Team für den Wechsel!

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Home Newsletter Infos



Aussiedler für den Wechsel!

Auch Sie können etwas dafür tun!

Herzlich willkommen auf der CDU-Homepage für Aussiedler!

Hier können Sie nicht nur Informationen über die Aussiedlerpolitik der CDU abrufen, sondern erfahren auch etwas über die Möglichkeiten, aktiv an einem Politikwechsel in Deutschland mitzuwirken. Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen der Aussiedler dabei gewahrt werden. Nehmen Sie an der der Bundestagswahl teil! Geben Sie der CDU Ihr Vertrauen! Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für eine aktive Aussiedlerpolitik!

Situation der Aussiedler

Regierungsprogramme 2005-2009

Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

teAM ZUKUNFT

Deutschland heißt den Wechsel. Helfen Sie mit!

CDU

www.aussiedler.cdu.de

sprechen: iKauder (Wahlkampf-Podcast von und mit Volker Kauder), TeAM Zukunft Aktionen und Wechsel-Partys.

■ Aussiedler

Aussiedler sind ebenfalls eine sehr große und sehr wichtige Zielgruppe für die CDU. Wichtigstes Verteilmit-

tel für Aussiedler: Die zweisprachige (deutsch/russisch) Informationsbroschüre für Aussiedler und Spätaussiedler, die für den Wahlkampf neu aufgelegt wurde (Bestell- datensiehe S.22). Im Internet finden Sie diese Broschüre zusätzlich auf deutsch/polnisch sowie auf deutsch/rumänisch zum „Downloaden“.

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Home Newsletter Infos



Frauen für den Wechsel!

Helfen Sie jetzt mit.

Herzlich willkommen auf der CDU-Homepage für Frauen!

Hier erhalten Sie nicht nur Informationen über die Politik der CDU für Frauen, sondern erfahren auch etwas über die Möglichkeiten, aktiv an einem Politikwechsel in Deutschland mitzuwirken. Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen von Frauen dabei gewahrt werden. Nehmen Sie an der der Bundestagswahl teil! Geben Sie der CDU Ihr Vertrauen!

Das Ergebnis von sieben Jahren Rot-Grün für Frauen, Familien und Kinder in Deutschland :

• Die Arbeitslosigkeit von Frauen steigt wieder

Regierungsprogramme 2005-2009

Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

teAM ZUKUNFT

Machen Sie mit im Unterstützerteam für den Wechsel!

Frauen Union der CDU

www.frauen.cdu.de

Informationen für Aussiedler



Wir bleiben an Ihrer Seite. Мы остаемся на Вашей стороне!

CDU

Informationsbroschüre für Aussiedler

■ Frauen bis 45 Jahre

Die Mehrheit der Wähler in Deutschland ist weiblich. Frauen können also für den Wahlausgang entscheidend sein. Für Frauen steht – neben anderen Themen – die Arbeitslosigkeit auf der politischen Agenda. Die Ansprache von Frauen sollte aber berücksichtigen, dass Frauen weniger als Männer über zahlenlastige, abstrakte Informationen und Argumentationen zu erreichen sind. Ihre Vorlieben für „politikfremde Aktionen“ und lebensnahe, praktische Themen bieten dagegen gute Ansatzpunkte für die politische Aktivierung.

■ Auslandsdeutsche

Die Zielgruppenarbeit der CDU für die im Ausland lebenden Deutschen wurde bereits im vorletzten UID (Nr. 27) vorgestellt.

„Toleranz endet da, wo die Verfassung nicht eingehalten wird.“

Was können wir tun, damit die Integration der bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten zu einer Erfolgsgeschichte wird?

Um diese Frage ging es bei der Diskussionsrunde „Frauenrechte – Menschenrechte“, zu der die Frauen Unionen von CDU und CSU Kanzlerkandidatin Angela Merkel und Buchautorin Necla Kelek in die Kulturbrauerei in Berlin eingeladen hatten.

Angela Merkel machte deutlich, dass Menschen mit einem Migrationshintergrund „ein fester und wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft“ sind. Damit Integration gelingen könne, müssten aber zwei Bedingungen erfüllt sein: Zum einen Offenheit für neue kulturelle Einflüsse, zum anderen allgemeine Akzeptanz des bei uns geltenden Wertefundaments. Tatsache sei jedoch, dass ein Teil der Muslime in traditionell geprägten Parallelgesellschaften lebe. Dies führe dazu, dass Frauenrechte vielfach „mit Füßen getreten“ würden, kritisierte die Kanzlerkandidatin.

„Toleranz endet da, wo unsere Verfassungswerte nicht eingehalten werden“,



Angela Merkel bei der Diskussionsrunde „Frauenrechte – Menschenrechte“

sagte Angela Merkel. Schlüssel zur Integration und für ein gleichberechtigtes Leben seien ausreichende Deutschkenntnisse. Außerdem müssten Frauen durch Beratungsangebote in ihrer „Selbstbehauptung“ unterstützt werden. In diesem Zusammenhang erklärte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, dass die Union die Zwangsheirat als eigenen Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufnehmen werde.

Allein in Berlin seien seit November 2004 sechs muslimische Frauen Ehrenmorden zum Opfer gefallen, so Merkel. Zwangsverheiratungen und Ghettobildung erschweren Frauen aus dem islamischen Kulturkreis die Integration in unsere Gesellschaft.

Unter den rund 300 Gästen befanden sich zahlreiche Politikerinnen sowie prominente Unterstützerinnen wie die Unternehmerin Ann-Kathrin Bauknecht und die Filmproduzentin Regina Ziegler. Als „Frauen für Merkel“ setzen sie sich dafür ein, dass die Partei- und Fraktionsvorsitzende erste Kanzlerin der Bundesrepublik wird. Maria Böhmer, die Vorsitzende CDU Frauen Union, bezeichnete Merkel als „Pionierin“ und sagte: „Frauen sind ins politische Machtzentrum vorgedrungen.“ Emilia Müller, Vorsitzende der Frauen Union der CSU, unterstrich: „Mit Angela Merkel wird mehr emotionale und soziale Kompetenz in die Politik einziehen.“

Rot-Grüne Ethik-Bilanz

Mit seiner pünktlich zum 19. Parteitag der CDU Deutschlands in Dortmund erschienenen „Bilanz von Rot-Grün in gesellschaftspolitischer und ethischer Perspektive“ stellt der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) der rot-grünen Regierung mit Blick auf wesentliche ethisch-politische Fragen ein durchweg bedenkliches Zeugnis aus.

Aus neun ausgewählten Themen, die von Menschenrechten, über Stammzellforschung und den Traum von Multi-Kulti bis hin zu Ehe und Familie reichen, wird auf der Basis des christlichen Menschenbildes ein ausführlicher und kritischer Überblick über die rot-grüne Realpolitik gegeben.

Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, zieht ein ernüchterndes Fazit: „Nicht nur die wirtschaftliche, haushalts- oder arbeitsmarktpolitische Gesamtbilanz von Rot-Grün, sondern auch diejenige im gesellschaftspolitischen Bereich und bei wesentlichen ethischen Themen ist alles andere als ein Ruhmesblatt. In der Bilanz des EAK geht es um sachpolitische Ideologiekritik und Aufklärung. Den Maßstab und die Basis hierfür bil-



Thomas Rachel

det das christliche Menschenbild, dem sich die Union auch im 60. Jahr ihres Bestehens verpflichtet fühlt. Es geht um die Verdeutlichung der politischen Grundsätze und elementaren Richtungsentscheidungen in christlich-ethischer Perspektive, die von Rot-Grün in 7 Jahren immer wieder relativiert oder missachtet wurden. In den gerade für Christinnen und Christen so wichtigen wertgebundenen Grundsatzfragen muss sich Rot-Grün an seinem ursprünglichen Selbstanspruch messen lassen. Die Fakten belegen leider, dass auch diese politisch-ethische Messlatte für Rot-Grün zu hoch liegt und in den zwei Legislaturperioden voll und mehrfach gerissen wurde.“

Der EAK-Bundesvorsitzende bekräftigt des Weiteren, dass die Union wisse,

dass sich bei ihrer Orientierung an den christlichen Werten weder prinzipiell noch praktisch ein politischer Monopolanspruch ableiten lasse. Darum bestimme sie ihre Politik auch nicht im Sinne eines „Gütesiegels“ selbst als „christlich“, sondern verstehe diese als am christlichen Glauben orientierte und an diesem immer wieder neu auszurichtende Selbstverpflichtung. Gerade eine solche Selbstverpflichtung sei aber gerade heute mehr denn je von Nöten.

Rachel: „Es gilt jetzt, auf der Basis dieser Selbstverpflichtung mit Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin neues Vertrauen in eine förderliche und gute Politik zurück zu gewinnen. Unser Land braucht eine tragfähige, gerechte und menschenwürdige Zukunftsperspektive. Dafür steht die Union bereit.“

Die „Bilanz von Rot-Grün in gesellschaftspolitischer und ethischer Perspektive“ des EAK ist über die Bundesgeschäftsstelle als 28-seitige Broschüre kostenlos zu beziehen und als PDF-Fassung im Internet unter ww.eak-cducusu.de abrufbar.

Doppelschlag gegen Bundeshaushalt

Wenn die Bundesagentur die dramatische Lage am Arbeitsmarkt einmal mehr bestätigt und der Bundesfinanzminister zum vierten Mal ein übermäßiges Staatsdefizit nach Brüssel meldet, ist dies ein Doppelschlag gegen den Bundeshaushalt: Hartz IV frisst sich durch den Bundeshaushalt.

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und übermäßiges Defizit dokumentieren den Marsch in den Schuldenstaat. Die verantwortlichen Minister Eichel und Clement haben inzwischen kapituliert. Weder zeigt Eichel auf, wie er die Neuverschuldung wieder in den Griff bekommen will, noch gibt es aus dem Hause Clement einen einzigen konkreten Vorschlag, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Stattdessen werden gebetsmühlenartig entweder die Opposition beschimpft oder Hartz IV beschworen.

Die Arbeitsmarktausgaben des Bundes werden sich in diesem Jahr mit rd. 45 Mrd. € gegenüber dem letzten Jahr fast verdoppeln. Im Juli war der Haushaltsansatz für das Arbeitslosengeld II bereits ausgeschöpft. Der vom



Steffen Kampeter

Haushaltsausschuss bewilligte Nachschlag von 8 Mrd. € wird nach Aussagen der Bundesregierung nicht bis Ende des Jahres reichen. Rot-Grün betreibt vorsätzlich die fortgesetzte Täuschung des Parlaments.

Eichel muss endlich sagen, ob er weiter regieren will, oder ob er es seinem Nachfolger überlassen will, die Wahrheit über den Bundeshaushalt offen zu legen.

Steffen Kampeter ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.

Teilhabe älterer Menschen ist Gewinn für Gesellschaft

Der 5. Altenbericht, der Bundessenorenministerin Renate Schmidt übergeben wurde, zeigt: Mit einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich

die Situation am Arbeitsmarkt in Deutschland unter Rot-Grün immer mehr verschlechtert.

Dies betrifft auch die Chancen und Potentiale für Ältere. Wer in Deutschland über 50 und arbeitslos ist, hat kaum noch Chancen auf eine neue Stelle. So liegt die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen seit vielen Jahren bei etwa 40%. In nur fünf Jahren soll die Erwerbstätigenquote Älterer in der Europäischen Union aber bis zu 50% steigen.

Andere europäische Länder haben Deutschland auch in diesem Bereich längst überholt. Sie haben bereits darauf reagiert, dass in der Europäischen Union die Zahl der älteren Arbeitnehmer zwischen 55 und 64 Jahren bis zum Jahr 2030 um etwa 24 Millionen steigen wird und gleichzeitig 18 Millionen Kinder und Jugendliche weniger leben als heute.

Die Erfahrungen und die Kompetenz älterer Menschen dürfen weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft weiter ungenutzt bleiben. Ältere leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch bei der Unterstützung von Familienmitgliedern oder in anderen sozialen Netzwerken. Angesichts der ge-

stiegenen Lebenserwartung und der demographischen Entwicklung in Deutschland besteht dringend Handlungsbedarf.

Qualifizierte, berufs begleitende Fort- und Weiterbildung von Arbeitnehmern ist die entscheidende Voraussetzung dafür, um die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu erhalten und zu fördern. Unternehmen können hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Bereits bei der Vorstellung erster Schwerpunkte des 5. Altenberichts im Februar 2005 hat der Vorsitzende der Altenberichts-kommission Prof. Andreas Kruse hervorgehoben, dass die von der unionsregierten Bundesregierung seinerzeit eingerichteten Seniorenbüros gute Erfolge erzielt hätten. Die aktive Lebensgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen konnte durch neue und innovative Konzepte der Seniorenarbeit wesentlich verbessert werden. Eine Aussage von Rot-Grün zur Fortsetzung dieser erfolgreichen Arbeit folgte bislang nicht.

Rot-Grün hat zahlreiche Studien und Berichte in Auftrag gegeben. Diese kommen immer wieder zu einem Ergebnis: Wir müssen den demographischen Wandel gestalten und nicht verwalten.



Maria Eichhorn

Daher werden wir hierfür nach der Bundestagswahl die notwendigen Reformen in Angriff nehmen und zeitgemäße Konzepte in der Familienpolitik, der Jugendpolitik und in der Wirtschaftspolitik entwickeln, die Chancen und Perspektiven eröffnen und den Zusammenhalt zwischen den Generationen stärken.

Maria Eichhorn ist seniorenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Verbraucher setzen auf den Merkel-Faktor

Die Verbraucher bekommen wieder Vertrauen in die deutsche Wirtschaft. Die Verbraucher setzen auf den Merkel-Faktor.

Wie die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) bei der Veröffentlichung der



Ronald Pofalla

Konsumlaune der Deutschen bekräftigt, haben die Deutschen wieder eine stärkere Neigung, größere Anschaffungen zu tätigen. Gerade Jüngere schauen erneut positiv in die Zukunft.

Dies ist die amtliche Bestätigung, dass die bevorstehende Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin den Bürgern Sicherheit gibt.

7 Jahre Rot-Grün haben Deutschland in eine tiefe Krise gestürzt. Die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Fundamente unseres Landes sind akut gefährdet. Unser Land kann sich kein weiteres verlorenes Jahr mehr leisten.

Das ehrliche Regierungsprogramm der Union gibt den Bürgern Vertrauen. Deutschland steht an einer entscheidenden Wegmarke. Die Union wirbt um das Vertrauen der Menschen für eine Politik, die den Mut zu einer Richtungsentschei-

derung hat, einer Entscheidung für mehr Wachstum. Dass das Vertrauen in die Union die richtige Weichenstellung ist, hat die GfK mit ihrer Veröffentlichung bestätigt.

Ronald Pofalla ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Gerda Hasselfeldt

Konstruktive Klimapolitik statt plumper Anschuldigungen

Unerträglich plump sind die jüngsten Anschuldigungen Trittins an die Adresse des US-Präsidenten hinsichtlich der Hintergründe des verheerenden Hurrikans „Katrina“. Trittin macht damit wieder einmal Wahlkampf auf dem Rücken der betroffenen Menschen.

Wir brauchen eine konstruktive, grenzübergreifende Zusammenarbeit im Klimaschutz – keine bloße Schuldzuweisung. Aber die rot-grüne Regierung hat es immer wieder verpasst, dem Klimaschutz durch Kompromissfähigkeit zum notwendigen internationalen Erfolg zu verhelfen. Auch die nationale Bilanz ist vernichtend: Während Trittin laut Sprüche klopft, hat er selbst nachweislich das – von der Union in den 90er Jahren gesetzte –

Reduktionsziel für CO₂ verfehlt! Die rot-grüne Klimapolitik ist gescheitert.

Die weltweiten Unwetter sind ein deutliches Zeichen dafür, dass nationale Alleingänge und ignorante Ideologie nicht weiter führen. Wir brauchen eine funktionierende Umweltaußenpolitik, die alle bislang abseits stehenden Industrie- sowie Schwellen- und Entwicklungsländer aktiv integriert.

Die Union steht für einen partnerschaftlichen und konstruktiven Dialog mit den USA – auch im Umwelt- und Klimaschutz. Wir werden mit unseren Partnern reden, statt sie pauschal zu beschimpfen. Den Rahmen dafür schafft die von CDU und CSU im Regierungsprogramm vorgeschlagene Fortschreibung der Klimaschutzziele in einem „Kyoto plus“-Abkommen – und ich finde es mehr als bemerkenswert, dass der scheinbar programmatisch

ausgebrannte grüne Umweltminister mit der Forderung nach einer Initiative „Kyoto zwei“ unverblümt unser Programm zitiert!

Gerda Hasselfeldt ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und im Kompetenzteam von Angela Merkel für Umwelt zuständig.

Wachsamkeit ist Preis der Freiheit

Die Großfahndung in Hamburg zeigt, wie wichtig für eine erfolgreiche Arbeit der Sicherheitsbehörden die Wachsamkeit und Unterstützung der Bevölkerung ist.

Auch wenn sich der Terrorverdacht nicht bestätigen sollte, sollte die Bevölkerung weiterhin sensibilisiert, aber auch ermuntert werden, Verdachtsmomente den zuständigen Behörden zu melden. Dies hat nichts mit einer Aufforderung zum Denunziantentum zu tun, wie einige rot-grüne Bedenkenträger mit Sicherheit zu vernehmen sein werden. Dieser Erfolg zeigt erneut die Berechtigung der seit Jahren von CDU und CSU geforderten umfassenden Videoüberwachung und -speicherung im öffentlichen Raum zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten. In



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl



Peter Hintze

Hamburg hat sie innerhalb kürzester Zeit den Ermittlern das für die Einleitung einer konkreten Fahndung erforderliche Bildmaterial an die Hand gegeben. Deshalb gilt es, dieses Instrument zur Terrorbekämpfung auch gegen ideologische Widerstände auszubauen.

Zum Sicherheitskanongehört darüber hinaus die dringend notwendige gemeinsame Datei aller mit der Terrorismusbekämpfung befassten Behörden. Der von einer Arbeitsgruppe der Länder vorgelegte Entwurf eines „Gesetzes zur Errichtung einer gemeinsamen Datei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten“ ist der lange überfällige Schritt in die richtige Richtung. Staat und Bürger können den aktuellen Bedrohungen nur gemeinsam begegnen.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion, **Thomas Strobl** ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

Türkeipolitik vom Kopf auf die Füße stellen

Bundesaußenminister Fischer versucht den Wählerinnen und Wählern zuvor zu kommen und noch vor dem 18. September 2005 Fakten gegen den Willen der Bevölkerung zu schaffen.

Statt die Chance zu nutzen, auf dem EU-Außenministertreffen in Wales die Verhandlungen mit der Türkei dem Willen der deutschen Bevölkerung entsprechend zieloffen anzulegen, versucht der Bundesaußenminister in seinen letzten Amtstagen noch eine Festlegung auf einen Beitritt der Türkei zur Eu-

ropäischen Union zu erzwingen. Dabei würde eine privilegierte Partnerschaft die EU vor einer Überdehnung schützen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der Türkei vertiefen.

Es mutet auch befremdlich an, dass die rot-grüne Regierung die Weigerung der Türkei, im Rahmen der Zollunion Schiffe und Flugzeuge des EU-Mitglieds Zypern in ihre Häfen und Flughäfen zu lassen, großzügig hinnimmt.

Europa will eine gute Partnerschaft mit der Türkei, kann aber mit Fug und Recht erwarten, dass sich auch die Türkei zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union partnerschaftlich verhält. Eine unionsgeführte Bundesregierung wird die europäische Türkei politik wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Peter Hintze ist europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

WERBEARTIKEL BTW 2005

T-Shirt „teAM Zukunft“

100% Baumwolle

Preis je Stück: **4,30 €**

Preis inkl. MwSt: 4,99 €



Damen T-Shirt

Figurbetonter Schnitt und halsferner Ausschnitt

Bestell-Nummern: **9231** – Größe S

9232 – Größe M

9233 – Größe L

Herren T-Shirt

Bestell-Nummern: **9234** – Größe L

9235 – Größe XL

9236 – Größe XXL

Polo-Shirt „Deutschland“

100% Baumwolle, fein veredeltes Piquetgewebe,
3-farbiger Flaggenstick auf der Brust, Hemdkragen
auf Steg, Knopfleiste mit 4 Knöpfen schließbar,
offener Armabschluss und kleine Seitenschlitze

Preis je Stück: **14,50 €**

Preis inkl. MwSt: 16,82 €

Bestell-Nummern: **9223** – Größe M

9224 – Größe L

9225 – Größe XL

9226 – Größe XXL



**T-Shirt „CDU“**

100% Baumwolle

Preis je Stück: **5,20 €**

Preis inkl. MwSt.: 6,32 €

Damen T-Shirt

Figurbetonter Schnitt und halsferner Ausschnitt

Bestell-Nummern: **9215** – Größe S**9216** – Größe M**9217** – Größe L**Herren T-Shirt**Bestell-Nummern: **9218** – Größe L**9219** – Größe XL**9220** – Größe XXL**CAP „Deutschland“**

100% BW – Canvas mit 3-farbigem Flaggenstick mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9222**Preis je 5 Stück: **12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A** – EinzelverkaufPreis je Stück: **3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €

**CAP „CDU“**

100% BW – Canvas mit 2-farbigem Logo-Druck mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9221**Preis je 5 Stück: **12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9221A** – EinzelverkaufPreis je Stück: **3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €

PIN „Deutschland“

Größe: 9 x 12 mm

Bestell-Nr.: **9227**

Preis je 100 Stück: **24,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 27,84 €



Der neueste Trend – Bekennen Sie Farbe!

Armband „Besser für die Menschen. CDU“

Das modische Armband aus Silikon zum Überstreifen.

Bestell-Nr.: **9272**

Preis je 50 Stück: **18,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 20,88 €



Feuerzeug „CDU“

Bestell-Nr.: **9506**

Preis je 50 Stück: **27,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 31,32 €



Jetzt wieder lieferbar!

Pflastermäppchen

„Trostpflaster für 7 Jahre Rot-Grün“

Bestell-Nr.: **9176**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 30,16 €





Leporello „Freie Wahl für Familien“

Die Konzepte der CDU zur Familienpolitik.

Bestell-Nummer: **2184**

Preis je 100 Stück: **11,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Frauen besser fördern“

Die Konzepte der CDU zur Frauenpolitik.

Bestell-Nummer: **2273**

Preis je 100 Stück: **11,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Mehr Verlässlichkeit“

Die Konzepte der CDU für eine moderne Seniorenpolitik.

Bestell-Nummer: **2275**

Preis je 100 Stück: **11,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „In Sicherheit leben“

Die Konzepte der CDU zur Sicherheitspolitik.

Bestell-Nummer: **2276**

Preis je 100 Stück: **11,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Bildung schafft Zukunft“

Die Konzepte der CDU zur Bildungspolitik.

Bestell-Nummer: **2274**
 Preis je 100 Stück: **11,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze“

Unsere Pläne zum Bürokratieabbau.

Bestell-Nummer: **2277**
 Preis je 100 Stück: **11,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Verantwortung für Europa und die Welt“

Die Konzepte der CDU zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Bestell-Nummer: **2185**
 Preis je 100 Stück: **11,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Vorfahrt für Arbeit“

Die Konzepte der CDU zur Arbeitsmarktpolitik.

Bestell-Nummer: **2271**
 Preis je 100 Stück: **11,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 11,77 €





Aktionszeitung „Bundestagswahl 2005“

Bestell-Nummer: 1013
Preis je 250 Stück: **18,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 19,80 €



Leporello „Niedriger, einfacher, gerechter!“ Die Konzepte der CDU zur Steuerpolitik.

Bestell-Nummer: 2172
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €



Broschüre Aussiedler

Bestell-Nummer: 5173
Preis je 50 Stück: **19,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 20,07 €

Danke
für Ihr Vertrauen

Plakat-Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: 8196
Preis je **250 Stück: 20,20 €**
inkl. MwSt.: 23,43 €

Kurzfassung Regierungsprogramm

Bestell-Nummer: **5266**
 Preis je 100 Stück: **8,70 €**
 inkl. MwSt.: 9,30 €



Deutschlands Chancen nutzen. Regierungsprogramm 2005-2009

Bestell-Nummer: **5245**
 Preis je 50 Stück: **22,00 €**
 inkl. MwSt.: 23,54 €



Leporello Briefwahl

Bestell-Nummer: **2263**
 Preis je 100 Stück: **4,00 €**
 inkl. MwSt.: 4,28 €



Leporello Erstwähler

Bestell-Nummer: **2264**
 Preis je 200 Stück: **12,50 €**
 inkl. MwSt.: 13,38 €





„Wählen gehen!“

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.

„Jede Stimme zählt!“

Türanhänger „Wählen gehen! CDU“

Bestell-Nummer: **1609**

Preis je 200 Stück: **8,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 9,28 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de